Staatsstreich und politischer Massenstrike.

Von Parvus.

5. Der Staatsstreich, der Militarismus, die Agrarier.

„Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre', die ‚Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu Grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt nichts anderes übrig, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzlichkeit zu durchbrechen."

Friedrich Engels.

Je schroffer und schärfer die Reaktion auftritt, desto mehr muß die parlamentarische Opposition wachsen. Ist nicht schon in diesem Umstand allein die Gewähr dafür gegeben, daß das reaktionäre Treiben bei Zeiten zusammenbrechen muß? Das wäre wohl so in einem demokratischen Staate, in dem die Regierung vom Parlament abhängig ist. Anders aber, wo die Regierung unabhängig genug ist, um auf Abenteuer ausgehen zu können. Geräth nun eine solche Regierung wirklich einmal auf die Bahn der Abenteuer, so schrickt sie schließlich auch davor nicht zurück, wenn sie die Gesetze auf verfassungsmäßigem Wege nicht ändern kann, auf ungesetzlichem Wege die Verfassung zu ändern. Mit dem Säbel in der Hand zwingt sie der Volksvertretung eine neue Verfassung auf. Das ist der Staatsstreich.

Man hat der deutschen Regierung schon oft gerathen, durch einen Gaunerstreich à la Napoleon III. ihren Willen durchzusetzen. Noch öfter hat man der Sozialdemokratie mit einem „Aderlaß" gedroht. Der Boden, dem diese hirnverbrannten Projekte entspringen, ist der Militarismus.

Die allgemeine Wehrpflicht und die ungeheure Entwicklung der Waffentechnik legen eine erschreckende militärische Macht in die Hände der Regierungen. So hat denn auch erst vor Kurzem der jüngst verstorbene Friedrich Engels klar und überzeugend nachgewiesen, daß die Entwicklung der militärischen Technik und Organisation, verbunden mit den Fortschritten im Kommunikationswesen, eine Barrikadenrevolution zur Unmöglichkeit gemacht haben. Gestützt auf diese Sachlage entsteht unter den Reaktionären der Glaube, daß man mittels des Militärs alles vermag, daß das moderne stehende Heer die Stellung der Regierung unerschütterlich macht.

Im Bewußtsein dieser scheinbar uneinnehmbaren Position kann schließlich nur zu leicht in einer abenteuerlustigen Regierung der Glaube entstehen, alles wagen zu können, und dann wird sie ungeduldig und unduldsam werden gegen jede Opposition. Wenn nun die Entwicklung der Dinge sie vor die Alternative stellt, entweder nachzugeben oder Gewalt anzuwenden, so wird sie vor der Gewalt wohl nicht zurückschrecken.

Andererseits giebt es Interessentengruppen, denen der Gewaltstreich einer rücksichtslosen Regierung sehr erwünscht wäre, die zum Theil darauf planmäßig hinarbeiten.

Da sind zunächst die Agrarier. Diese kapitalistischen Großgrundbesitzer hatten bis in die siebziger Jahre und, unter dem Zollschutz, noch weit darüber hinaus enorm steigende Grundrenten, mit denen auch die Bodenpreise kolossal gestiegen sind. Daraufhin nahmen sie Hypotheken auf, gründeten Schnapsbrennereien und Zuckerfabriken, oder ließen sich in andere Spekulationen ein, nicht

zum Mindesten auf der Börse, oder sie verlebten das geliehene Geld in Saus und Braus. Da nun die Zeiten der sinkenden Getreidepreise gekommen sind und gleichzeitig in Schnaps und Zucker eine Ueberproduktion sich herausgebildet hat, so können sie selbstverständlich ihre Schulden nicht mehr bezahlen, die Zinsenlast drückt sie und sie klagen, sie seien ruinirt. Es hat sie aber nur das endliche Schicksal jedes Spekulanten ereilt. Sie sind Bankerotteure, die sich mit nichten von jeder fallirenden Bank unterscheiden; sie machen sich aber daraus eine Tugend, währenddem es Anderen als Laster angerechnet wird.

Und nun heißt es: „Staat, hilf!" Aber der Staat kann ihnen nicht helfen, sintemalen selbst die Getreidezölle auf die Dauer nicht wirken. Es sei denn, daß der Staat sie aus den Schulden (die viele Milliarden betragen) herauskauft und die Schuldscheine in die Papierstampfe wirft!

Sie wissen auch selbst keine Hilfe. Sie erdenken die abenteuerlichsten Pläne, einer unmöglicher als der andere, und für all das wollen sie den Staat engagiren. Ihren sämmtlichen Plänen liegt am Ende der Gedanke des Staatsalmosens auf Kosten der Steuerzahler zu Grunde. Sie besitzen aber nicht die Majorität im Reichstag und werden sie auch nie aus eigener Kraft bilden können, weil mit der Entwicklung der Industrie die Vertretung des Bürgerthums, sowie die der Arbeiterklasse sich erweitern. Desto mehr wenden sie sich an die Regierung. Dazu kommt das traditionelle Band, das das preußische Junkerthum mit der preußischen Monarchie verknüpft.

Sie tragen ihre Dienste zu jedem Zwecke der Regierung an — gegen Bezahlung. Kampf gegen wen man will: gegen die Sozialdemokratie, gegen die Katholiken, gegen die Polen, gegen die Franzosen. Aber es muß bezahlt werden! Ihre Vaterlandsliebe, ihre Kaisertreue tragen sie zu Markte und feilschen darum mit der Regierung weit mehr, als ein jüdischer Pferdehändler um einen alten Schimmel. Sie sind bereit, die deutsche Freiheit gebunden irgend einer Regierung zu überliefern, sie zu meuchelmorden, zu schänden — für angemessenen Lohn. Aber wenn sie sich von der Regierung nicht genügend bezahlt glauben, schreien sie „Betrug!", reißen der Monarchie die Rockschöße ab und bedrohen sie mit den Fäusten!

Sie geben sich als Stützen der Regierung aus, fordern aber dafür, daß die Regierung sie stütze. Sie schützen die Regierung gegen die bürgerliche Opposition, bedrohen aber von der anderen Seite selbst die Regierung, wenn sie ihren Wünschen nicht entspricht. So setzen sie die Regierung zwischen zwei Feuer, die sie entfachen: einmal indem sie die Regierung gegen die bürgerliche und proletarische Opposition hetzen, das andere Mal, indem sie die ihnen untergebenen Wählermassen gegen die Regierung hetzen.

Je mehr nun die Kluft zwischen der Regierung und der politischen Volksvertretung sich ausdehnt, desto willkommener ist das den Agrariern. Denn je mehr die Opposition wächst, desto mehr braucht die Regierung ihrer Stütze. Man täusche sich doch nicht: wenn die Agrarier für die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts eintreten, so handelt es sich für sie, in deren ostpreußischen Provinzen die Arbeiterklasse sich kaum erst zu regen beginnt, viel weniger um die Sozialdemokratie, als darum, ein rücksichtsloses agrarisches Regime zu etabliren.

Die Agrarier sind für die Beschränkung der politischen Freiheit, weil sie darin das Unterpfand ihrer politischen Herrschaft erblicken. Sie wollen die politische Knechtung des Volkes, um den Staat als Werkzeug der fiskalischen Ausbeutung zu handhaben. Sie sind für den Staatsstreich, weil sie dadurch die Regierung in ihre Gewalt bekommen zu können glauben.

6. Die Furcht vor der sozialen Revolution.

„An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Wahlrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“
Friedrich Engels.

„Es ist sehr gut gesagt, man solle die sozialen Uebel beseitigen und dadurch der Sozialdemokratie den Boden abgraben. Gewiß muß man dies möglichst. Man wird das aber nie ganz können. Wenigstens weiß keine Partei die nöthigen Mittel hierfür anzugeben. Niemals wird man diese Partei befriedigen können. Niemals.“
General v. Boguslawski.

Viel gefährlicher noch, als die macchiavelische Politik der Agrarier, kann sich unter Umständen ein anderer Faktor erweisen — die Furcht der Kapitalistenklasse vor der sozialen Revolution.

Die Kapitalistenklasse erwartet scheinbar von Tag zu Tag den Ausbruch einer gewaltsamen Revolution seitens des Proletariats — sollte nicht vielmehr das Proletariat Grund haben, einen Staatsstreich seitens der Kapitalistenklasse zu befürchten, wenn diese die Regierung in ihrer vollen Macht hat?

Gewiß — und das kann nicht oft genug wiederholt werden — wo, wie im Deutschen Reiche, die Verfassung der Arbeiterklasse die Möglichkeit giebt, auf gesetzgeberischem Wege ihre Ziele zu erreichen, da hat die Sozialdemokratie kein Interesse an einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung mittels einer Revolution. Sie hat vielmehr allen Grund, einen solchen Konflikt zu vermeiden, weil im revolutionären Kampfe die meisten Opfer jedenfalls auf Seiten des Proletariats fallen würden und weil ein solcher ein sehr riskantes Unternehmen ist, dessen Mißerfolg die Reaktion ungemein stärken und die Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus zurückschleudern würde. Weshalb soll sie diesen gefährlichen Weg betreten, wenn ihr der durch die Gesetzlichkeit vollkommen gesicherte offen steht?

Aber je weniger die Sozialdemokratie, desto mehr Grund hat die Kapitalistenklasse, wenn es nicht anders geht, mit Gewalt die Staatsverfassung zu ändern. Je erfolgreicher die Sozialdemokratie sich des allgemeinen Stimmrechts bedient, desto verhängnißvoller wird es für die Kapitalistenklasse.

Je weiter der Klassenkampf fortschreitet, desto klarer wird es für Jedermann, daß es sich dabei um die Existenz selbst des Kapitals handelt. Das wußte ja der wissenschaftliche Sozialismus von Anfang an und machte nie ein Hehl daraus. Wenn er dem Kapital zur Nachgiebigkeit, zur Beschreitung des Weges der sozialen Reformen räth, was anders erstrebt er damit, als ihm einen milden Tod zu verschaffen? Aber sterben muß es.

Glaubt man denn, daß das Kapital sich ruhig diesem verhängnißvollen Schicksal ergeben wird? Das spräche gegen jede geschichtliche Erfahrung und gegen jede politische Erkenntniß. Noch nie hat eine Gesellschaftsklasse freiwillig auf ihre Existenz verzichtet.

Und nun vollends im proletarischen Klassenkampf! Nicht mehr um politische Privilegien handelt es sich, die die Kapitalistenklasse etwa einzubüßen hätte, sondern um die wirthschaftliche Grundlage ihres gesellschaftlichen Daseins. Die Sozialdemokratie erstrebt die Expropriation der Expropriateure. Glaubt man, daß sich die Fabrikanten, Kaufleute und Großgrundbesitzer, kurz die Kapitalisten, deren Privateigenthum an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches verwandelt werden soll, die dadurch ihre ganze ungeheure ökonomische Machtstellung einbüßen müssen, glaubt man, daß sie sich das widerstandslos werden gefallen lassen? O nein, sie werden kämpfen mit allen ihnen nur irgendwie zugänglichen Mitteln und vor nichts zurückschrecken!

Wenn das Proletariat den entscheidenden Kampf kämpft, weil es nichts zu verlieren und eine Welt zu gewinnen hat, so die Kapitalistenklasse, weil sie eine Welt zu verlieren und weniges nur zu gewinnen hat.

Darum, wenn auf gesetzlichem Wege der vollständige Sieg des Proletariats möglich ist, so wird die Kapitalistenklasse wenigstens im entscheidenden Moment ihm diesen Weg mit bewaffneter Macht abzuschneiden suchen.

Aber man braucht nicht einmal so weit zu denken. Schon jetzt, je schneller, desto besser, möchten die Hohepriester des Kapitals unter dem Proletariat ein Blutbad anrichten. Dadurch soll der Arbeiterklasse ein Schrecken eingejagt werden, der sie vor energischem politischen Auftreten zurückhält.

Wie ist es nun: ist es thatsächlich blos die Großmuth der Regierung, die sie davor zurückhält, mit Mord und Schrecken unter die Arbeitermassen zu treten? Oder liegen vielleicht die Sachen doch nicht so einfach? Hat nicht auch die Regierung etwas bei dem Spiel zu verlieren?

Liegt es blos in der Hand der Regierung, ob der politische Charakter des Landes dieser oder jener sein wird? Wenn die Regierung sich auf die Waffen stützt, auf was soll sich das Volk stützen? Wenn es dazu käme, daß die Regierung mit bewaffneter Hand das Volk angreift, wie könnte sich das Volk vertheidigen? Wenn die Regierung dem Volke die verbrieften Rechte rauben wollte, wie könnte es sich des Raubens erwehren? Giebt es nichts, das man dem Staatsstreich entgegensetzen könnte? Ist der Schutz der Verfassung gegen Hochverrath, wenn dieser sich auf Flinten und gezogene Kanonen stützt, so ganz aussichtslos? Oder giebt es noch immerhin Bedingungen, unter denen er gelingen kann? Welche sind es dann? Und wie sollte der Kampf geführt werden? Das sind Fragen von großer politischer Tragweite. Wir wollen versuchen, sie zu beantworten.

7. Die Barrikadenrevolution.

„Die Kampfweise von 1848 ist heute in jeder Beziehung veraltet."
Friedrich Engels.

Was einer hochverrätherischen Regierung die Zuversicht geben könnte, ihr verbrecherisches Vorhaben auszuführen, ist, wie schon erwähnt, die Annahme, das Volk sei nicht im Stande, sich dagegen zu wehren. Aber man denkt dabei an eine Abwehr nur im Sinne des Straßenkampfes mit dem Militär, des Barrikadenkampfes. Dieser wäre unter den modernen strategischen Verhältnissen allerdings ein Wahnwitz. Es stehen jedoch dem Volke noch andere Mittel des Widerstandes gegen eine Vergewaltigung der Verfassung zu Gebote, die zwar nicht den gewaltsamen Charakter des Barrikadenkampfes tragen, dennoch aber nicht weniger wirksam sind. Bevor wir nun die Vertheidigungsmittel des Volkes einer Durchsicht unterziehen, wollen wir noch einen kurzen Blick werfen auf die Barrikadenrevolution, um dadurch eine Vorstellung zu gewinnen von den bei einem Konflikt zwischen Volk und Regierungen im Allgemeinen zur Geltung kommenden Kräften und Wirkungen.

Wie bei einem Staatsstreich, so handelte es sich auch bei einer gewaltsamen politischen Revolution stets um eine gewaltsame Aenderung der Verfassung. Nur daß es im ersten Fall die Regierung war, die mit militärischer Macht dem Volke die Aenderung aufzwang, im anderen Fall aber war es das Volk, das eine stattgehabte politische Vergewaltigung oder Unterjochung mit Gewalt beseitigte.

In einem demokratischen Staat sind Staatsstreich wie gewaltsame politische Revolution für alle Zeiten ausgeschlossen. Denn ersterer setzt bereits

voraus, daß die Regierung als unabhängige Macht der Volksvertretung gegenüber auftreten kann, daß sie eine genügend weite Verfügung über die bewaffnete Macht besitzt, und die zweite setzt voraus, daß eine große Gesellschaftsklasse keine ausreichenden verfassungsmäßigen Mittel hat, ihre Interessen zur politischen Geltung zu bringen.

Darum, wenn die verschiedenen politischen Strömungen der Gesellschaft frei und gleichmäßig in der Oeffentlichkeit und im Parlament zum Ausdruck kommen könnten, dann gäbe es nur parlamentarische Konflikte. Wenn unter solchen Verhältnissen eine Partei nicht stark genug wäre, um im Parlament den erwünschten politischen Druck auszuüben, so könnte sie es auch auf offener Straße nicht thun. Hätte aber, unter diesen Voraussetzungen, eine Partei die Volksmajorität hinter sich, so müßte sie auch die Majorität im Parlament, folglich die Klinke der Gesetzgebung in ihrer Hand haben.

Wenn aber große Volksmassen, die ein ernstes politisches Interesse zu vertreten hatten, von der politischen Bethätigung, vor Allem vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, dann sammelte sich naturmäßig jener politische Gährungsstoff an, der schließlich zum gewaltsamen Ausbruch führte. Denn die gewaltsame politische Revolution war nie etwas Zufälliges und Plötzliches, wenn sie auch als Ueberraschung erschien. Sie bereitete sich allmälig und gesetzmäßig vor und mußte deshalb, unter gegebenen Bedingungen, mit Nothwendigkeit eintreten.

Es stieg und verbreitete sich die Erbitterung der politisch unterdrückten Volksmassen, die auf alle nur irgendwie möglichen Weisen zum Ausdruck zu kommen suchte, bis die höchste Steigerung des Volksunwillens sich den höchsten gewaltsamen Durchbruch schuf. Es traten politische Kundgebungen ein, die in aufsteigender Linie von der Verminderung der „Gesetzlichkeit" bis zu jenem, von der Bourgeoisie selbst verherrlichten „ew'gen" Revolutionsrecht führten, das, nach Schiller, „unveräußerlich und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst" am Himmel hängt. Das Kleinfeuer der Zeitungen: Bespötteln, Bewitzeln, Beschimpfen, Nadelstiche, Keulenschläge, Kritisiren, Argumentiren, Moralisiren, Drohungen, Versammlungsbeschlüsse, Petitionen, Protesterklärungen, Demonstrationen, Straßenumzüge, Murren, Schreien, Ungeduldigwerden der Volksmengen, „Zusammenrottungen" — Revolution! Die Skala brauchte nicht nacheinander und in allen Einzelheiten durchgegangen zu werden, vielmehr hing die Art des politischen Ausdrucks von der vorhandenen politischen Möglichkeit ab. Der Prozeß konnte auch, wenn in der Erscheinungsform verhindert, latent vor sich gehen, bis endlich mit einem Mal alles in einem sich überstürzenden Durcheinander zum Ausbruch kam.

Alle soeben gekennzeichneten Vorgänge hatten nun zum gemeinsamen Zweck: die politischen Machthaber zu beeinflussen, einzuschüchtern, zu verwirren, bloszustellen, verächtlich, verhaßt zu machen, schließlich die Regierung als den höchsten Ausdruck der hinderlichen Staatsgewalt zu stürzen bezw. zu ändern, ein Prozeß, der selbst mannigfache Abstufungen zuläßt, vom Kabinetswechsel bis zur Einsetzung einer revolutionären provisorischen Regierung.

Bei der Schilderung des Verlaufs der eigentlichen Barrikadenrevolution muß vorausgeschickt werden, daß ihr fast ausschließliches Gebiet die Hauptstadt war und deshalb nur hier ihr vollständiger Lebenslauf verfolgt werden kann.

Die Barrikadenrevolution, wie sie die Geschichte aufweist, erscheint uns vor Allem als der Abschluß der geschilderten Entwicklungsreihe politischer Aeußerungen und zugleich ihre Vereinigung und höchste Kraft- und Wirkungssteigerung. Aber sie war mehr als das. Sie war die gesellschaftliche Desorganisation. Die Fabriken, Werkstätten, Wohnhäuser leerten sich, die Straßen und Plätze wurden überfüllt. Die Läden wurden geschlossen. Die Produktions-

thätigkeit, der Handel, der Verkehr stockten. Die vielen Tausend Fäden des gesellschaftlichen Puppenspiels wurden auf einen Augenblick gelöst. Und mit der Alltagsbeschäftigung verschwand auch der moralische Alltagsdusel. Die Bequemlichkeit hörte auf, die Lässigkeit wirkte nicht mehr, die Tradition war vergessen, der Schlendrian gebrochen, die kleinlichen Lebenssorgen wurden zurückgestellt und nur Eins beseelte die schiebende, drängende, fluthende, wogende Menge — das politische Interesse. Im aufgeregten Menschenchaos löste sich der Einzelwille auf und zur Geltung kamen die Gesetze der Massenbewegungen. Politisirende Menschenhaufen bildeten sich an den Straßenecken. Es waren die Nervenknoten der zu einem großen Ungethüm verschmolzenen Volksmenge auf offener Straße, die Sensitivitätsknäuel, die in zitternder Hast Eindrücke, Nachrichten, Gerüchte, Gedanken, Worte, Stimmungen weitertrugen, erzeugten, aufbauschten, im Fluß erhielten. Die Unsicherheit, das Ungewöhnliche, Perverse der Situation, die nervöse Spannung, die Konzentration des Interesses auf einen Punkt, das nahe Beisammensein in großer Volkszahl steigerten das Fassungsvermögen, schafften gleichsam an Stelle der gewöhnlichen geistigen Empfänglichkeit einen verfeinerten, potenzirten, revolutionären Massenintellekt. Deshalb das schnelle Umsichgreifen eines revolutionären Aufstandes — notabene, wenn er zur richtigen Zeit kam.

Der Staat wurde in den allgemeinen Trubel hineingerissen. Die Regierungsmaschinerie klappte vorzüglich, so lange der gesammte gesellschaftliche Mechanismus ungestört funktionirte. So lange die Arbeiter Tags über in den Fabriken, Nachts in den Miethkasernen eingesperrt waren, die Straßen für den Tag Polizisten, Geschäftsleuten, Packträgern, Modedamen, Fuhrwerken, für den Abend Prostituirten, Gaunern, Dieben, dem Theater- und Konzertpublikum, den Ballbesuchern und den Einbrechern überlassen wurden, so lange Jeder seinem bürgerlichen Lebensberuf nachging: die Arbeiter frohndeten, die Fabrikanten in den weichen Kontorsesseln schlummerten, die Kaufleute hinter den Ladentischen standen, die Diebe stahlen, die Richter richteten, die Fürsten jagten — herrschte „heilige Ordnung", vorausgesetzt, daß der gesellschaftliche Reinigungsprozeß von den Straßenkehrern, Polizisten, Abdeckern, Leichenbestellern ordentlich besorgt wurde. Als aber die Berufsthätigkeit aufhörte, der korrekte Geschäftsmann ebenso wie der Gauner und Schwindler außer Erwerb gesetzt wurde, wenn ernste Volksmengen sich in den Straßen bewegten und auf den Hausmauern Inschriften erschienen: „Tod den Dieben" — dann ergriff die Regierungsorgane vom Schutzmann bis zum König eine bange Besorgniß, eine herzbeklemmende Unsicherheit, eine scheue Rathlosigkeit. Gaben sie sich früher für die Beschützer des Volkes aus, so erschienen sie jetzt schutzbedürftig gegenüber dem Volk. Denn gegen sie richtete sich der lang verhaltene Zorn des aus seiner gewaltigen Ruhe aufgerüttelten Volkes. Vor allem aber ging das Bestreben der Regierung dahin, die Ordnung wieder herzustellen, d. h. das Volk mit Gewalt zu veranlassen, die einzelnen Stellungen in der gesellschaftlichen Tretmühle wieder einzunehmen, es mit Gewalt in den gewohnten Schlendrian hineinzuzwängen. Allein die Polizei verschwand im Menschenstrom und wurde machtlos. So blieb die einzige Zuversicht — das Militär.

Die Aufgabe, die dem Militär zufiel, war die, das Volk aus den Straßen zu verjagen, es zu Paaren zu treiben, um dadurch die Zauberkräfte der Zusammenrottungen zu zerstören, in der Erwartung, daß die auseinandergesprengte Menge, ohne Zusammenhang untereinander, entmuthigt würde und ihre aufgelösten Einzelglieder, auf sich selbst gestellt, den moralischen Halt verlören, nachgäben und wieder ins Joch krächen, um im ausgetretenen Geleise fortzutraben. Dem widersetzte sich das Volk. So entstanden die Barrikaden.

Die Bedeutung der Barrikade ist nach zwei Richtungen hin zu betrachten. Erstens war sie ein Sammelpunkt und Organisationsmittel. Gerade wo es sich um eine von vornherein unorganisirte Masse handelte, wie das bei den geschichtlich bekannten gewaltsamen Revolutionen stets der Fall war, war dieser Punkt sehr wichtig. Die Massenversammlungen bekamen dadurch ein Ziel und ein Bindemittel. Besonders wirksam zeigte sich das bei den durch ihre Berufsthätigkeit voneinander getrennten, aber doch im beschränkten Raum der Straße, des Stadtviertels in sehr ansehnlicher Zahl vorhandenen Kleinhändlern, Handwerkern, Hausindustriellen ꝛc. Durch den Barrikadenbau werden diese Leute aus den Budiken, Werkstätten, Hinterhäusern herausgelockt und vereinigt. Für Alle vollends war die Barrikade die Proklamation, die öffentliche Kund- und Geltendmachung der Revolution, das aufgehißte Banner, um die revolutionären Kräfte zu sammeln. Man bedenke, wie zahlreich noch 1848 das Kleinbürgerthum und das Handwerkerthum waren, wie unorganisirt die Arbeiterklasse selbst, um die Wichtigkeit dieses Moments zu begreifen. Deshalb zeigt jede Revolution zunächst eine aufsteigende Bewegung. Sie brauchte Zeit, um sich zu entfalten. Und so lange diese Ausdehnungsfähigkeit anhielt, war der Sieg auf Seiten des Volkes. Mit Recht verweist Engels darauf, daß der Sieg des Volkes in Berlin 1848 unter Anderem dem starken Zufluß neuer Streitkräfte während der Nacht und des Morgens vom 19. März zuzuschreiben ist.

Zweitens war die Barrikade eine Schutzwehr: Deckung auf Seiten des Volkes und Hinderniß auf Seiten des Militärs. Die Macht dieser Hemmung auf das Militär lag nun nicht nur in ihrer materiellen, sondern mehr noch in ihrer *moralischen* Wirkung. Der Marsch der Truppen wurde aufgehalten, dadurch entstand Unordnung in den Reihen, die stramme Spannung des sich militärisch bewegenden Zuges ließ nach, Zeit verstrich, die Soldaten, durch Gewohnheit, militärischen Drill zusammengehalten, durch den Trommelschlag betäubt, durch den gemeinsamen Kolonnenmarsch hingerissen, bekamen Gelegenheit, sich umzusehen, nachzudenken, sich Rechenschaft abzulegen von ihren Handlungen. Und da es nicht einen Kampf im offenen Felde gegen einen fremden Feind galt, sondern einen Angriff im engen Raum der Straße unter den Augen der Bevölkerung auf das Volk, mit dem die Soldaten gestern erst friedlich verkehrten und dem sie selbst entstammten, so bemächtigte sich eine Energielosigkeit, eine Unlust, eine Verwirrung der Truppen, sie wurden „demoralisirt", und das desto mehr, je mehr Sympathien sie von vornherein dem Aufstande entgegenbrachten. Es ist bekannt, daß man deshalb bei revolutionären Kämpfen die mangelnde Begeisterung der Soldaten durch reichliche Branntweinrationen zu ersetzen pflegte. Im Schnapsrausch lag also in letzter Linie das Heil des Staats.

Sammlung, Organisation, revolutionäre Begeisterung des Volkes auf der einen Seite, Desorganisation und Demoralisation des Militärs auf der anderen, darin lag das Wesen der Barrikaden, der eigentliche Kampf war dann nur der Kraftmesser beider Faktoren in ihrer gemeinsamen Wirkung. So sagt unser zu früh verstorbener Revolutionskämpfer und -Theoretiker Engels: „Machen wir uns keine Illusion darüber: ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten. *Darauf hatten aber die Insurgenten es auch ebenso selten angelegt.* Es handelte sich für sie nur darum, die Truppen mürbe zu machen durch *moralische* Einflüsse, die beim Kampf zwischen den Armeen zweier kriegführender Länder gar nicht oder doch in weit geringerem Grade ins Spiel kommen. Gelingt das, so versagt die Truppe, oder die Befehlshaber verlieren den Kopf

und der Aufstand siegt.... Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe wirkte also die Barrikade mehr moralisch als materiell. Sie war ein Mittel, die Festigkeit des Militärs zu erschüttern. Hielt sie vor, bis dies gelang, so war der Sieg erreicht; wo nicht, war man geschlagen."

Aus diesen Betrachtungen ergiebt sich:

1. Da selbst in den vierziger Jahren das taktische Uebergewicht bei einem Straßenkampfe auf Seiten des Militärs war, so wäre es blinde Tollheit, bei der äußerst verfeinerten Waffentechnik unserer Zeit, etwa einen gewaltsamen Widerstand gegen das Militär wagen zu wollen.

2. Andererseits bestand das Wesen der politischen Revolution keineswegs blos aus dem Barrikadenkampf, sondern sie hatte noch andere Aeußerungen, die zusammen als Desorganisation der Gesellschaft bezeichnet werden könnten. Die Frage drängt sich auf, ob nicht etwa der Staatsstreich auch eine allgemeine Desorganisation zur Folge haben würde und inwiefern sich diese wirksam erweisen könnte?

3. Ob das Militär sich zu den gesetz- und verfassungswidrigen Handlungen des Staatsstreichs verleiten lassen würde, hängt offenbar stets von dessen Stimmung ab und den moralischen Einflüssen, denen es unterworfen werden kann.

Die Fabrikinspektion in Süddeutschland während des Jahres 1895.

Von Dr. Max Quarck (Frankfurt a. M.).

Merkwürdig, wie sich immer und überall ein gewisser Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland wiederholt! Auch auf dem Gebiet der Fabrikinspektion. Seit Langem schon erscheinen die jährlichen Berichte der süddeutschen Gewerbeaufsichtsbeamten weit vor denjenigen der norddeutschen Staaten, namentlich Preußens und Sachsens.[1] In Süddeutschland, in Baden, hat auch die materiell am meisten vorgeschrittene Gewerbeaufsicht ihren Sitz. In Süddeutschland findet noch der regste und vorurtheilsloseste Verkehr der Beamten mit Arbeiterorganisationen statt, ein Verkehr, wie man ihn in Norddeutschland nur ausnahmsweise kennt. Die süddeutschen Landtage haben alljährlich ihre eingehenden Debatten über die Fabrikinspektion, während sich der völlige Ausschluß des misera plebs contribuens aus dem preußischen Landtag unter Anderem auch dadurch äußert, daß Jahre vergehen können, ehe in dieser norddeutschen „Volksvertretung" überhaupt etwas zu dem Gegenstand geäußert wird, und dann meist nur im Sinne der beschränktesten Ausbeuterpolitik. Kurz — das Außenbild, welches die süddeutsche Fabrikinspektion bietet, ist um etwas erfreulicher als dasjenige der norddeutschen. Im Uebrigen und innerlich zeigt die süddeutsche Gewerbeaufsicht natürlich ebenfalls ihren Ursprung aus der bürgerlichen Gesetzgebung und Verwaltung, sowie den fortgesetzten Einfluß dieser beiden kapitalistischen Machtfaktoren. Erst das Vordringen der Arbeiter auch an diesen beiden Stellen wird allmälig grundsätzlichen Wandel schaffen helfen. Ansätze dazu sind schon vorhanden. Wenigstens kann man sagen, daß in Süddeutschland die Einwirkung der Arbeiter auf die Fabrikinspektion bereits auch innerlich eine Entwicklung der Aufsicht über die engen Grenzen der Harmoniedusselei hinaus bewirkt hat, welche ihr durch die bundes-

[1] Nur die bremische Gewerbeaufsicht veröffentlicht bereits früh im Jahre ihren Bericht.